



Vorlage Nr. 20-O-19-0010

Tagesordnungspunkt 9

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Naurod am 8. September 2020

Mehr Verantwortung der Ortsbeiräte beim Thema Streuobstwiesen

Antrag der SPD-Fraktion

Der Magistrat wird gebeten, einen Teil der städtischen Zuschüsse, die für die Pflege privater Streuobstwiesen bereitgestellt werden, in die Verantwortung der Ortsbeiräte zu überführen. Er wird ferner gebeten, langfristig die Möglichkeit zu prüfen, den gesamten städtischen Bestand an Streuobstwiesen in eine Stiftung zu überführen.“

Begründung:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist Eigentümerin von etwa der Hälfte des Bestandes an Streuobstwiesen im gesamten Stadtgebiet, die andere Hälfte liegt in privater Hand. Zur Förderung der Pflege privater Streuobstwiesen stellt sie ein jährliches Budget von 25.000 EUR zur Verfügung. Dieser Betrag wird jedoch nur zu einem Bruchteil abgerufen. So wurden im Jahr 2019 nur 20 bis 30 % dieser Mittel abgerufen. Über die Gründe hierfür sollte diskutiert werden. Eine Möglichkeit, die bereitgestellten Mittel auch tatsächlich dem verfolgten Zweck zuzuführen, sieht der Ortsbeirat Naurod darin, die Ortsbeiräte generell stärker in diese Prozesse mit einzubinden.

Die Ortsbeiräte haben aufgrund ihrer größeren Ortsnähe mehr Möglichkeiten, „saniierungsbedürftige“ Streuobstwiesen zu identifizieren, deren private Eigentümer ausfindig zu machen und gezielt auf die Fördermöglichkeiten anzusprechen. Dazu sollte ein nennenswerter Teil der jährlichen Fördermittel, z.B. 15.000 EUR, direkt in die Verantwortung der Ortsbeiräte gegeben werden, die diese projektbezogen und zielgerichtet einsetzen können.

Dies sollte mit einem Konzept der Nachhaltigkeit und zur Verwendung nach guter, fachlicher Praxis - eventuell durch das Umweltamt - versehen sein.

Ferner wird der Magistrat gebeten, Überlegungen zu prüfen, inwieweit es sinnvoller sein könnte, den gesamten bisherigen Bestand an städtischen Streuobstwiesen in eine Stiftung zu überführen. Dieser Stiftung könnten von privater Seite weitere Streuobstwiesen zu gestiftet werden, ebenso private Spenden sowie öffentliche Zuschüsse von Stadt, Land, Bund und EU zufließen. Damit könnte die Bewahrung von Streuobstwiesen im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden aus einer Hand und mit professioneller Unterstützung sichergestellt werden.

Beschluss Nr. 0041

Antragsgemäß beschlossen

Verteiler:

Dezernat V z.w.V.

1015 z.d.A:

Nickel
Ortsvorsteher